

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

22.2.1930 (No. 46)

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung
Karlsruher
Str. 14
Telefon
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Menck,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweltiger Beitreibung und Kontostornieren fällt der Fall die Zeitung verpachtet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanmelderegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung Spaniens

Neben dem spanischen Wahlkonsul in Mannheim ist der Königl. spanische Berufskonsul in Stuttgart Luis Miguel Fernandez Portero zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen im Lande Baden zugelassen worden.

Die Linkregierung Chautemps

Das neue französische Kabinett mit Chautemps als Ministerpräsidenten und Briand als Außenminister hat sich Freitag abend dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Es setzt sich aus 17 Ministern und 11 Unterstaatssekretären zusammen und wird sich am Dienstag dem Parlament vorstellen. Man glaubt, daß das Schicksal des Kabinetts (oder des Parlaments) von einigen wenigen Stimmen abhängen wird.

Die neue Regierung Chautemps ist vornehmlich auf die Radikalfaziale Partei gestellt, die von links bis rechts herangezogen ist. Die kleinen Linkgruppen sind durch ungefähr ein Dutzend Unterstaatssekretäre ersetzt. Chautemps hat damit ein Kartell der Linken gebildet, das heißt, ein Ministerium, das sich auf die parlamentarische Unterstützung der Sozialisten verlassen und seine Tätigkeit entsprechend einrichten muß. Allerdings ist dieses Kartell keine Wiedergeburt der Regierung Herriot von 1924. Unter seinen Mitgliedern überwiegen die gemäßigten Anschaungen. Die meisten sind erprobte Politiker, viele waren schon Minister.

Das Kabinett Chautemps wird in der Presse nur von den auf der äußersten Rechten stehenden Blättern abgelehnt, den hypernationalistischen, die ihm einen sofortigen Tod wünschen. Die Blätter der mittleren Richtung müssen sogar zugeben, daß jedenfalls nicht mit der grundsätzlichen Opposition der Parteien zu rechnen ist, die man gewöhnlich als die Mittelparteien oder besser gesagt, als den rechten Flügel der Mittelparteien zu bezeichnen pflegt, die Linkrepublikaner und die Gruppe Maginot. Aber wenn auch diese Hoffnung für das Kabinett besteht, selbst linksstehende Blätter sagen Chautemps, daß er sich jeden Tag auf neue seine Existenzberechtigung werde erlärmpfen müssen.

Das neue Kabinett, das als ein Linkkartell bezeichnet wird, wird also vorläufig ein Kampfkabinett sein. Was ihm eine besondere Stärke verleiht, sind jedoch die erfahrenen Parlamentarier, die ihm angehören, nämlich, vom Ministerpräsidenten abgesehen, Briand, Steeg, Sarraut, Dymont, Lamoureux, Daladier und Loucheur. Wesentlich beeinflusst werden wird die Aufnahme des Kabinetts im Parlament von seiner programmatischen Erklärung. Wie verlautet, wird sie mit großer Schärfe den linksgerichteten Charakter des Ministeriums betonen.

Der sozialistische „Populaire“ will sogar behaupten können, daß Chautemps seinen Mitarbeitern bereits erklärt habe, man werde zur Auflösung schreiten, wenn man keine Mehrheit finden werde. Zur Auflösung schreiten, heißt, in Frankreich die Zustimmung des Senates erlangen, dann nur mit seiner Zustimmung kann der Präsident der Republik das Parlament nach Hause schicken. In der ganzen Geschichte der Republik ist der Fall noch nicht vorgekommen. Es fragt sich nun, ob Chautemps den Mut und die Kraft besitzt, im Notfall zu diesem Mittel zu greifen. Was man dabei besonders beachten muß, ist, daß die große Mehrheit der öffentlichen Meinung schon seit einem Jahre etwa diesen Schritt gefordert hat.

W.D. Paris, 22. Febr. (Tel.) Nach dem „Populaire“ soll Ministerpräsident Chautemps bereits gestern seinen Mitarbeitern die allgemeinen Richtlinien seines Regierungsprogramms bekanntgegeben haben. Das Kabinett werde erklären, daß es ein Linkministerium mit einem linksgerichteten Programm sei. Es werde die Kammer auffordern, dieses Programm zu unterstützen. Wenn die Kammer sich weigere, so werde die Regierung ankündigen, daß sie ihr Programm dem Lande unterbreiten und die Wähler darüber entscheiden lassen werde.

Sarraut Delegationsführer auf der Flottenkonferenz

W.D. Paris, 22. Febr. (Tel.) Die Vertretung Frankreichs auf der Londoner Seeabräufungskonferenz wird, wie verlautet, dem neuen Marineminister Albert Sarraut übertragen werden, der schon auf der Washingtoner Flottenkonferenz im Jahre 1922 der Führer der französischen Delegation war. Von ihm behauptet der „Matin“, daß er damals die französische These in ausgezeichneter Weise vertreten habe, so daß man behaupten könne, daß die Interessen Frankreichs in guten Händen liegen würden.

Der preussische Innenminister Geesink ist an Grippe erkrankt.

Die Leiche des Gesandten Dr. Köster ist in Berlin eingetroffen. Zur Begrüßung auf dem Anhalter Bahnhof hatten sich u. a. eingefunden der jugoslawische Gesandte, Reichstagspräsident Löbe, Reichsanwalt Müller, die Reichsminister Seevering und Wisjell, sowie Vertreter der preussischen Regierung.

Die Festschichten bei der Reichsbahn. Um die Entlassung von Werkstattarbeitern bei der Reichsbahn-Gesellschaft zu vermeiden, wurde mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung über einzuliegende Festschichten getroffen, die 80 000 Arbeiter erfafit.

Letzte Nachrichten

Der österreichische Bundeskanzler in Berlin

W.D. Berlin, 22. Febr. (Tel.) Der österreichische Bundeskanzler, Dr. Schöber, traf heute vormittag 8.56 Uhr in Begleitung des Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Peter, Sektionschef Junka, Konsul Bischof und des deutschen Gesandten in Wien, Graf Lerchenfeld, auf dem Anhalter Bahnhof ein. In seinem Empfang hatten sich der Reichskanzler, Müller, der Reichsaußenminister und andere Vertreter der Reichsregierung eingefunden. Eine Schupo-bereitschaft bildete bei der Abfahrt des Wagens des Bundeskanzlers zum „Kaiserhof“, wo Dr. Schöber die Wohnung genommen hat, Spalier. Der österreichische Staatsmann wird sich während dreier Tage in Berlin aufhalten, um im Gedankenanstausch mit den deutschen Staatsmännern die brüderlichen Beziehungen der beiden deutschen Völker zu vertiefen. Von den führenden Stellen des Reiches ist dieser Begegnung ein festlicher Rahmen bereitet worden.

Der Reichsaußenminister zum Besuch Dr. Schöbers

W.D. Wien, 22. Febr. (Tel.) Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht ein Gespräch mit Dr. Curtius, in dem es heißt: Der Besuch Dr. Schöbers in Berlin wird in ganz Deutschland als der Besuch eines guten Freundes begrüßt werden. Wir sehen in dem Bundeskanzler den Vertreter unserer österreichischen Brüder, wir sehen in ihm den aufrichtigen Freund des Deutschen Reiches. Seine Reise nach Berlin wird deshalb auch ein Ausdruck der Empfindungen sein, welche die durch die staatlichen Grenzen voneinander geschiedenen Teile des deutschen Volkes miteinander verbinden. Wir werden die Gelegenheit des Zusammenseins natürlich dazu benutzen, um uns über alle und gemeinsam berührenden Fragen zu befragen. Dabei werden u. a. auch die in der beiderseitigen Öffentlichkeit gerade in der letzten Zeit so häufig erörterten Handelsvertragsverhandlungen eine Rolle spielen. Niemand im Reich verkennt, daß unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich von größter Bedeutung sind. Ich bin auch der festen Überzeugung, daß die Handelsvertragsverhandlungen in naher Zeit zu einem beiderseits befriedigenden Ergebnis gelangen werden.

Beamtenzentralbank bei der D.D.-Bank

Neues Institut mit 500 000 RM. Aktienkapital
Pr. Berlin, 22. Febr. (Priv.-Tel.) Der deutsche Beamtenwirtschaftsbund als Großaktionär der Deutschen Beamtenzentralbank hat sich entgegen seiner früheren Stellungnahme entschlossen, dem Anschluß an die Deutsche Bank und Discontogesellschaft zuzustimmen. Die alte Zentralbank soll liquidiert und unter Mitwirkung des Beamtenwirtschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und der D.D.-Bank soll eine neue Gesellschaft unter gleicher Firma gegründet werden. Von beteiligter Seite wird dazu mitgeteilt:

Der Deutsche Beamtenbund, der Deutsche Beamtenwirtschaftsbund und die beiden Organisationen gehörende Deutsche Beamtenzentralbank (Berlin) haben mit der Deutschen Bank und Discontogesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, der der Beamtenwirtschaft eine starke Stütze geben soll. An die Stelle der Deutschen Beamtenzentralbank, die aus normalen Gründen liquidiert wird, tritt unter Umgestaltung eines im Besitz der Deutschen Beamtenzentralbank befindlichen Bankensmantels ein neues Unternehmen auf gemeinsamer Grundlage mit einem Kapital von 500 000 M. Für sämtliche Einlagen bei dieser Bank, sowohl Spareinlagen wie Guthaben aus Gehaltsüberweisungen, wird die Deutsche Bank und Discontogesellschaft die volle und unüberbrückliche Garantie übernehmen. Dem Aufsichtsrat werden im wesentlichen dieselben mit den Beamtenorganisationen und der Beamtenwirtschaft aufs engste verbundenen Herren angehören, die Mitglieder des Aufsichtsrates der Deutschen Beamtenzentralbank sind. Eine Ergänzung des Aufsichtsrates erfolgt durch zwei Vertreter der Deutschen Bank und Discontogesellschaft. Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Beamtenzentralbank, Lodenvis und Witt, treten in den Vorstand der neugründenden Bank ein.

Vertrauliche Beratung des Polenabkommens

W.D. Berlin, 22. Febr. Die vereinigten Reichstagsausschüsse für den Youngplan saßen am Samstag in vertraulicher Sitzung die Beratung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens fort.

Die japanischen Wahlen

Starker Rückgang der Arbeiterpartei

W.D. London, 22. Febr. (Tel.) „Times“ berichtet aus Tokio: Die Überraschung der bisher vorliegenden Ergebnisse der Neuwahlen ist die Niederlage der Arbeiterpartei in den ersten hundert Wahlkreisen, zu denen die Mehrzahl der städtischen Betriebe gehört. Es wurden nur drei Arbeiterkandidaten gewählt. Die Hauptführer der Bewegung, darunter der Führer der Sozialdemokraten, Abe, der Präsident des Arbeiterverbandes, Suzuki, und der christliche Sozialist Tagawa verloren ihre Sitze. Der Führer der linken Flügel, Oyama, wurde mit knapper Mehrheit gewählt. Am Witternacht hatte die Regierungspartei eine Mehrheit von fast 2:1 in den Städten, doch müssen die Ergebnisse aus dem Lande, wo die Seiyukai-Partei am stärksten ist, noch abgewartet werden.

Das Befinden der Königin von Schweden ist, wie aus Rom gemeldet wird, befriedigend.

* Zur politischen Lage

In der inneren Politik Deutschlands hat sich in der verfloffenen Woche alles zugespitzt auf das große „Problem der Finanz- und Steuerreform“. Wesentlich vorwärtsgekommen sind wir leider nicht. Die Initiative liegt jetzt beim Reichskabinett, das heißt in erster Linie beim Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Ob sich das Reichskabinett auf einen wirklich großen und umfassenden Reformplan einigen wird, ist allerdings zweifelhaft.

Vorausgesetzt, daß man durch die Mittelhilfe der einen großen Versicherungsanstalt 150 Millionen zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung flüssig machen könnte, blieben immer noch 100 Millionen für die Zwecke dieser Sanierung aufzubringen. Man könnte diese 100 Millionen durch Ersparnisse am Reichsetat herauswirtschaften. Aber mit diesen Ersparnissen sieht es bis jetzt recht trübe aus. Der Reichsfinanzminister hatte ursprünglich mit etwa 80 Millionen Abstrichen gerechnet. Jetzt heißt es, er werde froh sein können, wenn er 60 Millionen zusammenbekommt. Und das ist zu wenig, wenn man auf diesem Wege die Sanierung der Arbeitslosenversicherung erreichen will.

Auch dann, wenn man außergewöhnliche und einmalige Aufwendungen berücksichtigt, weist der neue Etat eine Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 400 Millionen auf. Wir haben gestern darüber berichtet, wie sich diese Mehrausgaben verteilen. Am bedenklichsten erscheint dabei die Erhöhung des Reichswahretats um 50 Mill. Aber auch andere Ministerien warten mit recht ansehnlichen Etatserhöhungen auf. Das ist eine fatale Situation. Und es wird wohl der größten Energie von seiten des Reichsfinanzministers bedürfen, um Abstriche in der gewünschten Höhe durchzubriden. Aber selbst dann, wenn diese Abstriche noch über 80 Millionen Reichsmark hinausgingen, würden die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr immer noch 300 bis 320 Millionen betragen.

Bei alledem darf man nicht vergessen, daß die 150 Millionen, mit welchen in erster Linie die Arbeitslosenversicherung saniert werden soll, nicht etwa aus der Produktion der Wirtschaft oder aus irgendwelchen Einnahmeposten bestritten werden, sondern daß die eine der großen Versicherungsanstalten diese Summe aus ihren Überschüssen hergibt und dafür als Deckung Reichsbahnvorszugsaktien erhält. Dieser hohe Betrag, der als Kapitalansammlung seinen großen volkswirtschaftlichen Wert hatte und so oder so der Wirtschaft zugute kommen könnte, wird jetzt weggenommen und in ein Faß geworfen, das je länger je mehr dem Tode der Danaiden ähnelt. Und deshalb ist es ganz selbstverständlich, daß alle ihrer Verantwortung bewußten Finanzpolitiker Ausschau halten nach Mitteln, mit welchen man die Arbeitslosenversicherung wirklich sanieren kann. Ohne eine Reform wird das wohl nicht möglich sein, zumal auch bei einer Besserung der wirtschaftlichen Lage nicht gleich die 2 1/4 Millionen Arbeitslose verschwinden werden. Auch die Hälfte dieser Zahl ist schon groß genug, um auf die Dauer lähmende Erscheinungen in unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik hervorzurufen.

Um sehr rasch in den Besitz neuer Mittel zu gelangen, hat der Reichsfinanzminister eine Verordnung erlassen über die Inkrastsetzung der Zollerhöhungen für Kaffee und Tee, welche in dem Gesetz vom 8. April 1922 beschlossen waren. Man rechnet dabei mit einer Mehreinnahme von etwa 50 bis 60 Millionen Reichsmark.

Die Tendenz des Reichsfinanzministers ist im übrigen nach wie vor die, durch eine großzügige Reichsfinanz- und Steuerreform das Fundament für die Steuerentfaltungen des nächsten Jahres zu schaffen. Wenn jetzt in einzelnen Blättern so getan wird, als ob diese Steuerentfaltungspolitik lediglich auf die Agitation von ein paar profitgierigen Großproduzenten zurückzuführen sei, dann muß man einer solchen Darstellung berichtigend entgegenreten. Von der Notwendigkeit solcher Steuerentfaltungen hatte sich Ende vorigen Jahres das gesamte Reichskabinett einschließlich des Herrn Hilferding überzeugt. Diese Steuerentfaltungen stehen in dem Reformprogramm drin, welches das Reichskabinett dem Reichstag unterbreitete, und welches von der Regierungskoalition angenommen wurde. Es geht also nicht an, einen der Kernpunkte dieses Programms — und das sind die Steuerentfaltungen — so zu behandeln, als ob es sich hier um einen Ausfluß großkapitalistischer Agitation handle! Das

Mit der Beilage: 22. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

ganze Kabinett und die sämtlichen in der Koalition vertretenen Parteien haben sich hinter diese Forderung gestellt!

In Berlin ist heute der österreichische Bundeskanzler Schöber zum Besuch der deutschen Reichsregierung eingetroffen. Von österreichischer Seite wird die Wiener Politik der letzten Monate dahin interpretiert, daß die Ausnützung freundschaftlicher Beziehungen zu Mussolini die Brücke abzugeben habe, die von Rom nach Berlin führt. Nun, das ist eine politische Konstruktion, die in Deutschland sicherlich nicht auf Ablehnung stoßen wird. Den italienischen Interessen entspricht sie ja durchaus.

Italien ist, weltpolitisch gesehen, ziemlich isoliert. Es hat mit der Rivalität Frankreichs zu rechnen, stößt im Mittelmeer allenthalben auf den englischen Einfluß und hat an der Adria an Stelle der Habsburger Monarchie den jugoslawischen Staat als Konkurrenten sitzen. Schon vor einiger Zeit hatte Mussolini sehr freundlich nach Budapest hinübergewinkt, um Ungarn als etwaigen Bundesgenossen gegen Jugoslawien zu gewinnen. Und jetzt hat sich Mussolini in Rom mit Herrn Schöber an den Tisch gesetzt, um auch Deutsch-Osterreich in das System italienischer Bündnispolitik einzufügen. Die Krönung des ganzen Werkes wäre dann die Herstellung besonders enger Beziehungen zu Deutschland.

Der phantastische Historiker scheint bereits in der Ferne die Umrisse einer neuen Konstellation, die dem alten Dreieck recht ähnlich sieht, nur daß eben jetzt die aus der Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie hervorgegangenen slawischen Staaten einem andern Bündnisystem, dem französischen, angehören. Auch der nüchterne Politiker wird alle diese Bündnispolitiken Bestrebungen mit Ernst verfolgen. Wir haben schon mehrfach an dieser Stelle betont, daß auch Deutschland unter den nun leider einmal gegebenen Verhältnissen nichts anderes übrigbleibt, als Bündnispolitik zu treiben. Und, solange bei uns die offene Wunde im Osten klafft, solange die territorialen Bestimmungen des Vertrages von Versailles hinsichtlich unserer Ostgrenzen nicht korrigiert sind, können wir naturgemäß bei allem ehrlichen Streben nach Verständigung keinem Bündnisystem beitreten, welches Polen einen Zustand garantiert, der sicherlich die schlimmste Vergewaltigung bedeutet, die uns überhaupt im Friedensvertrag zugefügt wurde.

Das deutsche Volk wird den Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin sicherlich mit Freude begrüßen. So weit wir sehen konnten, hat die deutsche Presse auch dem Besuch Schöbers in Rom durchaus Verständnis entgegengebracht. Neben der großen Politik werden ja bei den Berliner Besprechungen auch noch die handelspolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland eine Rolle spielen.

Die Regierungskrisis in Paris ist einstweilen beendet, der Führer der Radikalen, Herr Chaumets, ist mit der Kabinettsbildung beauftragt worden. Sein Kabinett stützt sich auf die bürgerliche Linke und ist praktisch, das heißt bei Abstimmungen, von der Gnade der Sozialisten abhängig. Briand ist Außenminister in diesem Kabinett geblieben.

Auf der Flottenkonferenz in London hat man sich allmählich so auseinander geredet, daß man kaum sagen könnte, wie jetzt noch eine einigermaßen erprobliche Einigung zustande kommen soll. Zwar überzeugen sich angeht die furchtbaren Erfindungen auf dem Gebiet

Karlsruher Konzerte

Klavierspiel von allerbesten Durchbildung und trefflicher Gestaltung, man hatte es von Alfred Schnitzler, dem Solisten des Abends, nicht anders erwartet, und deshalb zeigte wohl das fünfte Volkskonzert

ein erfreulicherweise sehr gut besuchtes Haus. Der Frankfurter Pianist spielte die Vorträge von Richard Strauß, jenes heute von seinem Schöpfer ein bißchen gering geachtete Nebenwerk, das deswegen auch ohne Opuszahl blieb, aber knapp vor der fünften Sinfonie „Aus Italien“ (op. 16) entstand. Man hat nicht mit Unrecht von dieser Jugendarbeit gesagt, hier habe Strauß erstmals sich selbst gefunden, das ist noch heute ihre Bedeutung, und besonders originell der Anfang, der das Thema von vier Klängen bringen läßt und auch weiterhin das Melos des Klaviers öfters dem rumorenden Schlagzeug gegenüberstellt. Sehr schade ist freilich, daß der Scherz nur 17 Minuten dauert und damit für ein richtiges Klavierkonzert kaum ausreicht. Das war denn auch das einzige, was die Zuhörer an der glänzenden Wiedergabe auszuheben hatten; und wie sehr sie nachher den Solisten beströmten, er ließ sich zu keiner Zugabe bewegen, was in diesem Ausnahmefall immerhin statthaft und sogar erwünscht gewesen wäre.

Das weitere Programm mußte deshalb in Fachkreisen besondere Aufmerksamkeit erregen, weil unser junger Stadtführer Rudolf Schwarz für die ursprünglich angekündigte Eröfuna eine Bruckner-Sinfonie eingetauscht hatte, und zwar die Sechste gerade, die sonst von den Dirigenten ob ihrer herben Sprödigkeit — mehr als ihre Geschwister scheint sie von der Orgel her empfangen — ängstlich gemieden wird. Natürlich konnte es auch dem diesmaligen Leiter trotz bemerkenswerten Einfaches seiner Persönlichkeit nicht überall gelingen, ein so gutes Auführungsniveau wie z. B. im Scherzo zu wahren und das Strömende dieser Musik wirklich fühlbar zu machen. Insbesondere über dem Adagio, der eigentlichen Herdstelle des Wertes, lag noch zuviel äußere Abgeriffenheit statt einer bis zu dessen innerster Grundstimmung vordringenden Ruhe. Gleichwohl ist dem Nachschaffenden ein großes Verdienst nicht abzuspüren, insofern er sich überhaupt an die ungeheure Spannweite dieses Klavierswerkes heranwagte und seine viergliedrige Gestaltungsform der Fassungskraft der Hörer näherbrachte. Eine von Robesse und Naturliebe des Musizierens getragene Darbietung von Handys G-Dur-Sinfonie (mit dem Paukenschlag) hatte den Abend eingeleitet.

Universität Köln. Das Sommersemester 1930 beginnt am 10. April. Vorlesungsbeginn: Donnerstag, den 24. April. Das Vorlesungsverzeichnis kann vom Universitätssekretariat gegen Einzahlung von 50 Pf. und 15 Pf. Porto bezogen werden.

des Gasriegs die Diplomaten und Militärs immer mehr davon, daß der Krieg der Zukunft ein selbstmörderischer Wahnsinn wäre; aber faktisch steht doch auch heute noch die Politik aller Großmächte im Dienste einer militärischen Vorbereitung des Krieges. Und von wirklicher, umfassender Abrüstung wird weniger gesprochen denn je.

Aus den Ländern

Sparmaßnahmen in Hessen beantragt

Der Finanzausschuß des Hessischen Landtages trat am Freitag in die Beratung der Vorberatungen zum Haushaltsvoranschlag für 1930 ein. In der Aussprache beantragte die Deutsche Volkspartei die Auflösung der Ministerien für Arbeit und Wirtschaft und für Justiz. Der Antrag wurde damit begründet, daß die Zahl der Minister in Hessen in Anbetracht der Finanzlage des Landes zu groß und, wie das hessische Beispiel zeige, eine Verminderung der Ministerien möglich sei. Das Arbeits- und Wirtschaftsministerium solle dem Ministerium des Innern, das Justizministerium dem Finanzministerium angegliedert, außerdem solle die hessische Gesandtschaft in Berlin aufgehoben werden. Der Antrag wird in der nächsten Woche zur Abstimmung kommen.

Die Mißtrauensanträge in Preußen

Der Preussische Landtag nahm am Freitag die Abstimmungen über die beiden Mißtrauensanträge gegen den Ministerpräsidenten Braun vor. Mit genau dem gleichen Stimmverhältnis, nämlich mit 217 gegen 198 Stimmen wurden sowohl das Mißtrauensvotum wegen der Besetzung des Unterrichtsministeriums mit einem Sozialdemokraten als auch der Mißtrauensantrag wegen der Zustimmung der Staatsregierung zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen im Reichsrat abgelehnt. In beiden Fällen stimmten Sozialdemokraten und Zentrum gegen die Anträge, für die sich die Kommunisten und die gesamte Rechtsopposition einschließlich der Deutschen Volkspartei einsetzten.

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärt dazu, daß sie durch diese Stellungnahme nicht der Entscheidung der Reichstagsfraktion über das Liquidationsabkommen vorgehen wollte. Für diese Entscheidung sei nur die Reichstagsfraktion zuständig. Es seien preussische Interessen gewesen, die die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei bedingten.

Die erste Lesung des neuen Strafrechts abgeschlossen

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages konnte am Freitag die erste Lesung des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafrechtsgesetzes zu Ende führen. Reichsjustizminister v. Guérard sprach dem Ausschuss, und vor allen Dingen dem Vorsitzenden des Ausschusses, Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) den wärmsten Dank der Regierung aus. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die zweite Lesung bis zum Ende des Herbstes abgeschlossen werden könnte. In herzlichen Worten schloß sich dem Ausschuss Abg. Landberg (Z.) dem Dank für den Vorsitzenden an. Wenn das Werk zum Ziele führe, dann sei das vor allem dem Vorsitzenden zu danken, diesem Manne, dessen umfassende Kenntnisse nur durch seinen tiefen moralischen Ernst übertroffen würden, und der mit jugendlichem Eifer die Verhandlungen geleitet habe. Seine Persönlichkeit könne aus diesem Ausschuss überhaupt nicht wegedacht werden. — Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) wandte sich zum Schluß in Worten des Dankes an den Ausschuss und an die Mitglieder der Reichsregierung.

Alkoholverbot

Der Volkswirtschaftl. Ausschuss des Reichstages beendete die 1. Lesung des Schankstättengesetzes, den er in „Gaststättengesetz“ umgetauft hat. Dabei wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, des Zentrums und der Abg. Dr. Straßmann (D. Natl.) und Hartwig (Christl. Natl. Arbeitsgem.) ein von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachter Antrag angenommen, der die Verkaufsstellen für alkoholische Getränke in öffentlichen Verkehrsmitteln und Verkehrsanstalten verbietet. Die zweite Lesung des Entwurfs beginnt am nächsten Donnerstag.

Dazu ist noch zu bemerken, daß der Regierungsentwurf zum Schankstättengesetz nur ein Verbot für Trinkbranntwein in öffentlichen Verkehrsmitteln und Verkehrsanstalten vorgesehen hatte. Von der Deutschen Volkspartei wurde im Ausschuss die Streichung dieser Bestimmung beantragt. Mit Rücksicht auf die Stellungnahme der beteiligten Wirtschaftskreise hatte sich die Regierung auch mit dieser Streichung einverstanden erklärt. Trotzdem wurde der Streichungsantrag abgelehnt, und sogar die oben mitgeteilte Verstärkung der Bestimmung beschlossen, die ein Verbot nicht nur für Trinkbranntwein, sondern für alle alkoholischen Getränke bedeutet.

Verweise für preussische Landräte

Bei dem Kampf um das Volksbegehren hat eine Reihe von Landräten in Kommern, Ostpreußen und Schlesien die Aufgabe, die dem Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten gegen das Volksbegehren erlassen hatten, nicht mitunterzeichnet. Wie jetzt dem „V. Z.“ zufolge verlautet, haben diese Landräte, die sich gegen die Politik der preussischen Staatsregierung gestellt haben, einen Verweis erhalten, und der preussische Innenminister hat ihnen mitgeteilt, daß ihr „Verhalten eine bedauerliche Verkennung der Pflichten darstelle, die einem politischen Beamten obliegen“.

Dr. Fried plant ein Schulgebet gegen den Versailler Vertrag

Der Fraktionsführer der Nationalsozialistischen Partei im Thüringer Landtag, Abg. Sander, hat in nationalsozialistischen Versammlungen mitgeteilt, daß der thüringische Innen- und Volksbildungsminister Dr. Fried beabsichtige, eine Verordnung ergehen zu lassen, durch die in allen Schulen Thüringens ein tägliches Gebet eingeführt werden soll. Da die Nationalsozialistische Partei sich für die Beseitigung des Versailler Vertrages einsetze, besteihe die Absicht, dem Gebet die Worte „Herr, mach' uns frei!“ anzufügen.

Kommerzienrat Heinrich Meußbrücker in Aulmbach, der am Donnerstag nach mehr als drei Monate langer Haft auf freien Fuß gesetzt worden war, erlitt einen Herzversagen. Er wird auf längere Zeit ein Sanatorium aufsuchen müssen. In Detroit (Michigan) wurde der 75jährige Angestellte eines chemischen Laboratoriums, James Vater, verhaftet. Er stand, in den letzten Jahren 8 Menschen mit Gift umgebracht zu haben. Die einzelnen Verbrechen hat er in verschiedenen Erteilen begangen. Vater will jedesmal unter einer plötzlichen Eingebung gehandelt haben.

Gib Deinem einen kräftigeren, herzlicheren Geschmack: nimm **„Frank“**

Die Probefahrt der „Europa“

Der neue deutsche Riesendampfer

Der neue Riesenschiffdampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd hat heute vormittag von Hamburg aus seine Probefahrt begonnen, nachdem das Schiff durch den niedrigen Wasserstand der Elbe in den letzten Tagen am Auslaufen verhindert war.

Das Schiff hat eine Länge von 285 Metern, eine Breite von 31 Metern, eine Seitentiefe von 27,2 Metern und ist eingerichtet für die Beförderung von 800 Passagieren in der 1. Klasse, 500 Passagieren in der 2. Klasse, 300 Reisenden in der Touristenklasse, die auf 500 Reisende durch Hinzuziehung von Kabinlichkeiten der 2. Klasse erhöht werden kann, und von 600 Passagieren der 3. Klasse. Wie bei dem Schwesterdampfer „Bremen“, so ist auch bei der „Europa“ auf die Sicherheitseinrichtungen der größte Wert gelegt. Der Dampfer ist u. a. mit großen ununtersinkbaren Rettungsbooten ausgerüstet, die sämtlich Notantrieb haben. Genau wie der Schnelldampfer „Bremen“ soll auch die „Europa“ die Reise von Bremerhaven nach New York in sechs Tagen zurücklegen. Ein besonderes Kapitel ist die Innenarchitektur und die künstlerische Ausschmückung der Räume, wozu eine Reihe der namhaftesten und modernsten deutschen Innenarchitekten herangezogen wurde. Die Führung des neuen Schnelldampfers „Europa“ ist dem bewährten Commodore R. Johnson, dem bisherigen Kapitän des Dampfers „Columbus“ übertragen.

WBB, Hamburg, 22. Febr. (Tel.) Die „Europa“, deren bevorstehende Ausfahrt eine unübersehbare Menschenmenge angelockt hatte, hat sich gegen 9 Uhr mit Hilfe von Schleppern langsam vom Ausläufer des Werft nach dem Strom bewegt, um von den Altonaer Landungsbrücken mit steigendem Wasserstand die Fahrt elabwärts fortzusetzen. Flugzeuge umkreisten niedrig das Schiff. Die Viertelstunde von 10.30 bis 10.45 brachte die entscheidende Wendung. Mit einem überraschend schnellen Manöver kam die „Europa“ aus dem Hafengebiet heraus und ging sogleich ins Fahrwasser. In ihrer ganzen Ausdehnung bot sie bei der Altonaer Landungsbrücke noch einmal ein überwältigendes Bild. Noch einmal ein Rückwärtsgang, dann setzte langsam, aber stetig schneller werdend die Fahrt elabwärts ein.

Kurze Nachrichten

Ein Aufruf der Sozialdemokratischen Partei. Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Niederschlagung des Kapp-Putschs veröffentlicht die Sozialdemokratische Partei in „Vorwärts“ einen Aufruf „An das republikanische Deutschland“, in dem alle republikanisch Gesinnten im Lande aufgefordert werden, am 16. März ein Fest der Erinnerung zu begehen, als Mahnung zur Einigkeit und als Warnung an alle Feinde der Republik.

Der Tarifkonflikt in der württembergischen Textilindustrie. Die von Arbeitnehmerseite beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die württembergische Textilindustrie ist vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden. Es bleibt somit der fast seit einem Jahr dauernde tariflose Zustand in dieser Industrie weiter bestehen.

Aufhebung von Polizeimaßnahmen gegen Südtiroler. Mussolini hat sämtliche bisher aus politischen Gründen gegen „Fremdstämmige“ in Südtirol verhängte Polizeimaßnahmen aufgehoben und angeordnet, daß der einzige zu einer Aufenthaltsbeschränkung verurteilte Südtiroler, Dr. Rieger, freigelassen und leichtere Polizeistrafen von weiteren acht Personen rückgängig gemacht werden.

Zum spanischen Außenminister ist der bisherige Unterrichtsminister Herzog von Alba ernannt worden.

Unumschränkte Vollmacht für die türkische Regierung. Die türkische Nationalversammlung hat einstimmig einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die Regierung für die Dauer von drei Jahren unumschränkte Vollmacht für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und den Schutz der türkischen Währung erhält. Es verlautet, daß strengere Bestimmungen über Devisengeschäfte vorbereitet werden.

Der „Fluch des Pharaos“

Aus Gram über den Tod seines Sohnes und Erben, so lautet die polizeiliche Mitteilung, hat sich am Freitag in London der 75jährige Lord Westbury aus dem Fenster seiner Wohnung im 7. Stock eines vornehmen Hauses im Westen in die Tiefe gestürzt. Der Selbstmord hat den alten Übergläubigen an den „Fluch des Pharaos“ wieder belebt, der angeblich jeden trifft, der mit denen in Zusammenhang steht, die den Sarg im Tal der Könige führen.

Der junge Lord Westbury, der der Sekretär des Lords Howard Carters, des Leiters der Ausgrabungsarbeiten am Grab Tutankhamens gewesen war, starb im November v. J. Er wurde im Bath Club in seinem Zimmer, das er in vollstem Wohlbehagen aufgesucht hatte, tot aufgefunden. In den Kreisen, die mit dem Bekannten des „Fluches des Pharaos“ spielen, werden nach dem Selbstmord des alten Lord Westbury nochmals die genant, die nach ihrer Meinung von dem Schicksal ihrer Beteiligung an der Öffnung des Grabes des Königs Tutankhamens ereilt wurden. Es sind Lord Carnarvon, der die Ausgrabungen finanzierte und einige Wochen nach der Öffnung des Grabes Tutankhamens starb, Sir Archibald Douglas Reid, der sich bereit erklärte, von der Mumie eine Röntgenaufnahme zu machen, Professor Raffles von der Mc Gill-Universität, der das Grab besuchte hatte, Mister Evelyn White, der Selbstmord beging und die Mitteilung hinterließ, er glaube, der Fluch habe ihn ereilt, der französische Archäologe Benedite und sein Kollege Casanova, die sich an den Forschungen beteiligten, der Stiefbruder Lord Carnarvons, Oberst Herbert, der an der Öffnung des Grabes teilnahm, der amerikanische Eisenbahnmagnat Jay Gould, der kurz nach dem Beuge des Grabes mit Lord Carnarvon zusammen einer Lungenentzündung erlag, Prinz Ali Fahmy Bey, ein reicher Ägypter, der unter geheimnisvollen Umständen bald nach einem Besuch des Grabes erschossen wurde, sein Privatsekretär, der ihn begleitet hatte, und bald darauf starb, Miss Grell, eine Dame der amerikanischen Gesellschaft, die nach einer Besichtigung des Grabes nach Amerika zurückgekehrt, in Chicago Selbstmord beging. Dr. Carver, der bei der Öffnung des Grabes mithalf und später bei einem Automobilunfall getötet wurde, sowie sechs französische Schriftsteller und Journalisten, die Tutankhamens Grab und seinen Inhalt beschrieben hatten.

Lord Westbury, der gestern als Zwanzigjähriger den Tod fand, hinterließ mehrere Briefe, von denen einer mit dem Satz beginnt: „Ich kann die Schreden nicht länger mehr ertragen!“. Die Gerichtsärzte sprechen von einem Selbstmord in geistiger Ermattung.

Der Erbe des Lords ist nun sein 15jähriger Enkel, dessen Mutter schon wiederholt öffentlich erklärt hat, daß sie nicht an den Fluch des Pharaos glaube, und als Beweis dafür immer anführt, sie habe ihrer Tochter den Namen der königlichen Gemahlin Tutankhamens, Neferteri, gegeben.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(33. Sitzung)

23. Karlsruhe, 21. Febr. 1930.

Die Beratung des Voranschlags des Innenministeriums wird beim Kapitel

Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht

fortgesetzt.

Abg. **Marxhoff** (Sozdem.) legt die Gründe dar, weshalb viele Anzeigen beim Gewerbeaufsichtsamt anonym erfolgen. Er beklagt, daß infolge Mangels an Arbeitskräften noch nicht sämtliche Betriebe mindestens einmal im Jahre kontrolliert werden können. Der Redner ist für gründliche Ausbildung der Betriebsräte. Im Bericht des Gewerbeaufsichtsamts mögen künftig die Zahlen für Streiks und Ausperrungen getrennt erscheinen. Die Arbeitszeit werde im allgemeinen eingehalten. Wenn ein Arbeiter in die Lage komme, ein kleines Häuschen oder Grundstück zu erwerben, so sei dies noch lange nicht eine Entproletarisierung (Zurufe). Der Redner schließt mit dem Wunsch auf baldige Verabschiedung des Hausgehilfengesetzes, sowie eines einheitlichen Arbeitsschutzgesetzes und Arbeitsrechts.

Abg. **Seinsmann** (Zentr.) hätte gewünscht, daß für die vertschaffende Erwerbslosenfürsorge noch weit mehr Mittel zur Verfügung ständen. Im Gegensatz zum Vorredner ist der Sprecher der Meinung, daß sich unter bestimmten Voraussetzungen (Melioration usw.) die Entproletarisierung sehr wohl durchführen lasse. So sei es in seiner Heimatgemeinde Hirsingen zur Zeit der Krise einem Teil der Tabakarbeiter gelungen, sich zu kleinen Landwirten umzuwandeln.

Abg. **Fischer-Konstant** (D. Dem. P.) stellt fest, daß das Gewerbeaufsichtsamt Gedeihliches geleistet habe. Die Forderung, daß zur Kontrolle auch Arbeiter herangezogen werden, sei berechtigt. Bei Auflagen möge man auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmer Rücksicht nehmen. Gewiß gebe es Elemente, die mit dem Leben der Arbeiter spielen; aber das sei keine geordnete Betriebe. Die realen, anständigen Betriebe müßten gegen Schmutzkonzurrenz und Puschertum energisch geschützt werden. Der Redner stimmt dem Abg. Heinrich darin bei, daß die Schlichtungsausschüsse zentralisiert werden sollten. Im Interesse des Arbeitsfriedens will Abg. Fischer die Arbeitersekretariate nicht missen. Alle sittlichen Kräfte möchten zusammenwirken, um das Arbeitsverhältnis und das Wohl des Volkes zu fördern. Dazu gebe man aber dem Arbeitgeber auch die nötige Bewegungsfreiheit.

Abg. **Sabernoch** (D. Natl.) zollt dem Gewerbeaufsichtsamt aufrichtige Anerkennung, das mit Erfolg bestrebt sei, dem Arbeitsfrieden zu dienen. An den Betriebsunfällen trügen häufig die Arbeiter selbst die Schuld, da sie die Schutzvorschriften nicht beachteten. Sehr hoch finde er die Summe von 34 000 M für Dienstverletzungen. Aufgabe des Schlichters sei, Recht zu sprechen. Unter allen Umständen müsse eine einseitige Orientierung vermieden werden. Auch die Rechtsauskunftstellen können, unparteiisch aufgezoogen, segensreich wirken. Die Betriebsräte stellen mitunter einseitige, übertriebene Forderungen. Es sei nicht so, wie der Abg. Marxhoff meinte, daß jeder ein Proletarier sei, der gegen Entgelt arbeite. Mancher sei Prolet und kein Proletarier.

Abg. **Wentz** (D. Vp.) bittet alle Wirtschaftskreise, die Aufsichtsbehörde in ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen. Einer kritischen Beurteilung unterzieht der Redner die Verordnung vom 5. Februar 1919 betr. die Ausnahmestellung. An die Polizeibehörden soll eine Anweisung ergehen, wonach von den sechs Ausnahmestellungen nur dann Gebrauch gemacht werden darf, wenn ein tatsächliches Bedürfnis vorliegt und zur Frage der Notwendigkeit Arbeitgeber und Arbeitnehmer gehört worden sind. Erwünscht sei eine baldige generelle Regelung der Sonntagsruhe für das ganze Reich. Zum Schlichtungswesen bemerkt Abg. Wentz, daß ihm eine Uniformierung der Schiedssprüche nicht gefallen könne. Der Prozentfuß der Zuschläge müsse individuell erfolgen.

Abg. **Hermann** (Wirtsch. u. Bauernp.): Das Gewerbeaufsichtsamt sollte bei Kleinigkeiten vorsichtig mit der Bestrafung sein und überhaupt darauf Bedacht nehmen, wie die Dinge praktisch liegen. In der Frage der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe habe der Abg. Wentz den einseitigen Standpunkt der Kaufmannsgesellschaften vertreten. Man sollte den Geschäftleuten, die schwer mit der Existenz zu ringen hätten, nicht die Verdienstmöglichkeit beschränken.

Abg. **Seel** (Ztr.) ist dafür, daß den Gewerbetreibenden in Lauda und Tauberhofsheim dieselben Vergünstigungen gewährt werden, wie sie in Mergentheim und Würzburg anzutreffen sind.

Abg. **Spielmann** (Wirtsch. u. Bauernp.) unterstreicht, daß die Geschäftswelt jeder Stadt auf ein gewisses Hinterland angewiesen sei. In der Bedürfnisfrage dürfe man nicht vorbeigehen.

Innenminister Wittmann

führt aus: Das dem Gewerbeaufsichtsamt gezollte Lob wird allen Beamten ein Impuls sein, in ihrer Tätigkeit für das Wohl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der bisherigen Weise fortzuführen. Bei kaum veränderter Zahl der Kontrollorgane haben die Kontrollen gleichwohl eine Zunahme erfahren. Für die Ausbildung der Betriebsräte empfiehlt sich die Abhaltung systematischer Kurse. Es ist ein anerkannter Vorzug des Jahresberichts des badischen Gewerbeaufsichtsamts, daß er sich nicht nur in Statistiken erschöpft, sondern auch Fragen von allgemeiner Bedeutung behandelt und so zu einem Lehrbuch für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurde. Es entspricht dies einer guten badischen Tradition. Der Wunsch nach einer Zusammenfassung aller bestehenden Gesetze und Verordnungen in einem einheitlichen Arbeitsrecht wurde vom Minister geteilt.

In bezug auf die Sonntagsruhe steht die Regierung auf dem grundsätzlichen Standpunkt, daß die Sonntagsruhe im allgemeinen erwünscht und erstrebenswert ist. Man gebe es keine Regel ohne Ausnahme. Dafür seien vom Reiche Richtlinien aufgestellt worden. Ausnahmen zuzulassen, ist Sache des Bezirksamts. Bayern hat allerdings von der gebotenen Möglichkeit den weitgehendsten Gebrauch gemacht, und das Landesinteresse gebietet es, dafür zu sorgen, daß die Rundschaft in den der bayerischen Grenze benachbarten Orten nicht ihre Einkäufe außerhalb besorgt. Somit sind noch Ausnahmen für den Schwarzwald zugelassen. Wir sind im übrigen dafür, daß die Zahl der Ausnahmestellen auf ein Minimum beschränkt wird.

Die Aufgabe des Gewerbeaufsichtsamts soll sein: wohlwollend zu kontrollieren und vermittelnd zu wirken, um sich so eine Vertrauensstellung bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erringen und zu erhalten.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

Es folgte die Spezialberatung.

Abg. **Nißig** (Soz.) macht Ausführungen zur Frage des Vergewaltens im hinteren Wiesenthal.

Das gesamte Kapitel Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht, wie es der Haushaltsausschuß beschlossen hat, findet Annahme. Die Positionen für die Arbeitersekretariate und Ausbildung der Betriebsräte haben eine Erhöhung auf 12 500 bzw. 13 000 Reichsmark erfahren.

Angenommen wird ferner der Antrag, die Regierung zu erforschen, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit im Grenzland Baden besonders von der Arbeitslosigkeit betroffenen Gemeinden Reichsmittel darlehensweise zu verbilligtem Zinsfuß auf die Dauer von 5 Jahren zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel dürfen den Gemeinden nur zur Durchführung von Notstandsarbeiten und nur unter der Bedingung gegeben werden, daß dabei Arbeitslose, insbesondere ausgeheuerte, beschäftigt werden.

Der Schutz der älteren Angestellten

Abg. **Wentz** (D. Vp.) begründet darauf eine förmliche Anfrage wegen Maßnahmen zum Schutze der älteren Angestellten. Die auf der Straße liegenden Angestellten über 40 Jahre hätten kaum Aussicht, neue Stellen zu finden. Die materielle und seelische Not in den Reihen dieser Angestellten sei ungeheuer groß. Helfen könne in erster Linie nur eine Änderung der Reichsgesetzgebung. Zunächst müßten aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine neutrale Stelle schaffen, die Richtlinien dafür aufstellt, wie dem Glend der älteren Angestellten gesteuert werden kann. Die badische Regierung möge diesen Schritt in die Wege leiten.

Abg. **Nüder** (Sozdem.) erhält das Wort zur Begründung der förmlichen Anfrage seiner Fraktion betr. den

Personalabbau im Bankgewerbe

Die Nationalisierung sei zur Mode geworden und äußere sich vornehmlich in der methodischen Entlassung der älteren Arbeiter und Angestellten. Durch den Zusammenbruch der großen Banken sei das Heer der Arbeitslosen weiter vergrößert worden. Angesichts dieser Tatsachen wage man noch, vom Abbau der sozialen Versicherung zu reden. In diesem Zusammenhang wendet sich der Redner scharf gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, ebenso gegen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Überfüllen bei den Banken müßten rundweg verboten und dafür gesorgt werden, daß Entlassungen unter sozialen Gesichtspunkten erfolgen. (Während der Rede des Abg. Nüder herrschte große Unruhe im Hause.)

Abg. **Klausmann** (Komm. P.) begründet den wiederingebrachten Antrag seiner Gruppe zur Lage der Bankangestellten. Namens des Innenministeriums antwortet der Vorstand des Gewerbeaufsichtsamts, Oberregierungsrat **Emele**. Ein Reichsmittel, den Zusammenbruch der Großbanken zu verhindern, besaß die Regierung nicht. Schon im Oktober haben wir uns um die Vinderung des Lohnes der zur Entlassung kommenden Angestellten bemüht. Ferner sind wir an den badischen Giroverband herangetreten mit der Bitte, die Sparkassen möchten bei Neueinstellungen vor allem auf entlassene Bankangestellte zurückgreifen. Er, der Regierungsvertreter, werde sich weiter dafür einsetzen, daß der Abbau bei den Großbanken auf ein Mindestmaß beschränkt wird und Entlassungen nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen. Mit solchen ist für diesen Winter kaum mehr zu rechnen. Die Behörde wird darauf halten, daß die Arbeitszeit nicht über das gesetzliche Maß hinaus überschritten wird. Es ist dies auch der Wunsch der Bankleitung. Es wird ferner erwartet, daß entlassene Angestellte wie bisher eine angemessene Entschädigung erhalten. Nach den Feststellungen vom 29. Dezember v. J. sind von 1879 Bankangestellten 163 entlassen worden, von denen ein erheblicher Teil anderweitig Unterkunft gefunden hat. 146 befinden sich in Ausbildung, die aber bis zum Frühjahr hinausgeschoben wurde.

Der Stellenmarkt für kaufmännische Angestellte überhaupt hat sich mit der zunehmenden Verschlechterung der Wirtschaftslage verschlechtert. Aber den Altersaufbau stellt infolge Zeitmangels eine Statistik.

Die Besprechung der Interpellationen findet nachmittags 3/4 Uhr statt.

Schluß nach 1 Uhr.

Aussprache

(34. Sitzung)

23. Karlsruhe, 21. Febr. 1930.

Am Nachmittag tritt das Haus in die Besprechung der förmlichen Anfragen

betr. Schutz der älteren Angestellten und den Personalabbau bei den Banken ein.

Zu Beginn der Sitzung entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte wegen des erneut eingebrachten kommunistischen Antrages. Hierzu legt ein Antrag **Nüder-Heurich** vor, das kommunistische Verlangen durch die Regierungserklärung für erledigt zu erklären. Es kommt dabei zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vizepräsidenten **Noier** und den Kommunisten. Die Abg. **Lechleiter** und **Böning** erhalten Ordnungsrufe.

In der

nimmt zunächst

Abg. **Heurich** (Zentr.) das Wort. Die Nationalisierung sei in vielen Fällen überflüssig worden. Man habe dabei den Menschen vergessen. Es müßte ein Gesetz geschaffen werden, wonach eine Mindestzahl von älteren Arbeitern und Angestellten beschäftigt werden muß.

Abg. **Dr. Wolfhard** (D. Dem. P.) stellt fest, daß hierin letzten Endes alle Parteien einig seien. Zwar sei eine Senkung der Bankzinsen erfolgt, andererseits aber eine Erhöhung der Provisionen zu verzeichnen, so daß im Endeffekt der Zusammenbruch der Banken denen, die Geld brauchen, nichts gebracht hat. Es sei an der Zeit, durch Reform des Aktienrechts den Kriegergewinnen der Aufsichtsräte auf den Leib zu rücken. Mit dem Abg. Heurich ist der Redner der Meinung, daß Leute mit höchsten Entlohnungen vorzeitig sein müssen, zum Volke vom Sparen zu reden. Auch das Doppelverdienst müsse verschwinden.

Abg. **Dr. Schmittknecht** (D. Natl.). Wo sich schädliche Wirkungen der Nationalisierung zeigen, müsse eingegriffen werden. In dieser Beziehung findet der Redner die Erklärung der Regierung für befriedigend.

Abg. **Dr. Waldek** (D. Vp.). Die Nationalisierung sei zu weit getrieben worden und habe nicht die daran geknüpften Erwartungen gebracht. Aber es sei nicht so, daß die „böse“ Wirtschaft allein die Schuld trage. Was das Los der entlassenen Bankangestellten betrifft, so seien die maßgebenden Herren der beiden Konzerne Mannheim mit großem sittlichen Ernst und Verantwortungsbewußtsein an die Frage herangetreten. Es sei alles getan worden, um die größten Härten zu vermeiden. Die Entwicklung zu Konzernnen wird vom Redner bedauert, da hierdurch dem Wirtschaftsleben immer mehr selbständige Existenzen entzogen würden.

Abg. **Nüder** (Nat. Soz.). Die Banken müßten unter Staatsaufsicht gestellt, das Geld sozialisiert werden.

Abg. **Lechleiter** (Komm. P.) vertritt in heftiger Rede den kommunistischen Standpunkt der Vernichtung des Kapitalismus.

Innenminister Wittmann

stellt für die Regierung nochmals fest, daß sich diese alsbald um das Los der entlassenen Bankangestellten gekümmert hat. Er persönlich habe bei den leitenden Herren in Mannheim durchaus Verständnis gefunden. Die Bemühungen der Regierung seien auch von den Angestelltenorganisationen anerkannt worden. Die Entwicklung, die sich aus dem Zusammenschluß der Banken ergeben habe, sei auch für die Regierung nicht erfreulich gewesen. Man dürfe aber erwarten, daß das Kreditbedürfnis des Landes auch künftig volles Verständnis finden wird. In den Streit um Dr. Schacht wolle er, der Minister, nicht eingreifen. Aber die Gerechtigkeit gebiete es, auch auf die Verdienste hinzuweisen, die sich Dr. Schacht um Deutschland zweifellos erworben habe. Die Nationalisierung dürfe nur soweit gehen, als sie mit dem Volkswohl vertretbar sei. Eine Reform des Aktienrechts hält auch der Minister für notwendig.

Abg. **Wentz** (D. Vp.) unterstreicht im Schlußwort, daß er sich vor allem dagegen wenden wollte, daß ältere Angestellte überhaupt nicht mehr eingestellt werden. Es handle sich um 1400 Leute, die letztes Jahr zur Entlassung kamen. Der Redner wirft die Frage auf, ob nicht ein größerer Prozentfuß älterer Angestellten aus Baden in der in Basel neu zu errichtenden Bank für internationale Zahlungen untergebracht werden könnte.

Abg. **Nüder** (Sozdem.) fordert den gesetzlichen Einstellungsgrad für ältere Angestellte.

Der kommunistische Antragsteller **Lechleiter** setzt sich im Schlußwort mit den übrigen Parteien auseinander.

Eingegangen ist folgender Antrag der Regierungsparteien: 1. Der Landtag nimmt von der Erklärung der Regierung Kenntnis und billigt sie; 2. er bittet die Regierung, alle möglichen Mittel anzuwenden, um weitere Entlassungen älterer Angestellten zu vermeiden; 3. den Antrag Vot durch diese Beschlußfassung für erledigt zu erklären.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmhaltung der Nationalsozialisten angenommen.

Abg. **Lechleiter** (Komm. P.) ruft: „Schindluderei“. Er wird zum drittenmal zur Ordnung gerufen und muß den Saal verlassen.

Die nächste Plenarsitzung findet voraussichtlich erst übernächste Woche statt. Die kommende Woche soll für Ausschüsse freigehalten werden.

Es sind im Haushaltsausschuß vom Innenministerium noch die Kapitel Handel und Gewerbe, sowie Landwirtschaft zu beraten.

Eingegangen ist ein Antrag **Duffner** (Zentr.) u. Gen., der die Regierung u. a. bittet, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß beim Abschluß von Handelsverträgen auf die Notlage der Landwirtschaft Rücksicht genommen wird.

Schluß der Sitzung gegen 3/4 Uhr.

Kein Sichtvermerk nach Tanganika

Die mit der Britischen Regierung getroffene Vereinbarung über die Aufhebung des Sichtvermerkwanges ist mit Wirkung vom 1. Januar 1930 auf das Mandatsgebiet Tanganika ausgedehnt worden.

Beleidigung des früheren Justizministers

In der Privatklage des ehemaligen badischen Justizministers **Dr. Trunt** gegen den Redakteur der *Wannheimer Volksstimme*, **Heinrich Harpuder**, wurde letzterer am Freitag vom Amtsgericht Karlsruhe wegen Beleidigung zu 30 Mk Geldstrafe verurteilt, weil er in einem am 23. September in der „Volksstimme“ erschienenen Artikel den damaligen Justizminister u. a. als „Hochtreuer, tonfus und Infant terrible der Zentrumsparthei“ bezeichnet hatte.

Aus der Landeshauptstadt

Das Rosenmontagsfest des Vereins *Karlsruher Presse* fällt in diesem Jahre auf den 3. März und soll auch diesmal wieder als vornehmes Kostümfest in den sämtlichen unteren Räumen des Hotel Germania begangen werden. Die Vorbereitungen für dieses stets den Höhepunkt der Faschingsaison bedeutende Fest sind in vollem Gange, und man darf erwarten, daß es seinen anerkannt hervorragenden gelungenen Vorgängern in keiner Beziehung nachstehen dürfte. Drei Tanzkapellen werden auf die wiederum besonders hübsch und originell ausgeschmückten Festtische verteilt werden, so daß die tanzlustige Welt auch bei starkem Andrang voll auf ihre Rechnung kommt. Dringend erwünscht ist, daß möglichst alle Besucher des Festes im Kostüm erscheinen (Gesichtsmasken nur soweit zum Kostüm unbedingt erforderlich), doch ist auch Gesellschaftsleitung zulässig. Die Einführung von Gästen ist gestattet; Gästelisten sind nach vorheriger Anmeldung in beschränkter Zahl bei dem Schriftführer des Vereins, Herrn v. **Sedendorf**, Badischer Handelshof (Zimmer 37) erhältlich. Da erfahrungsgemäß der Andrang zu dem Rosenmontagsfest des Vereins *Karlsruher Presse* sehr stark ist, dürften die Gästelisten wohl rasch vergriffen sein, und es empfiehlt sich daher, mit der Anmeldung nicht bis zu den letzten Tagen zuzuwarten.

Zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. In der Verurteilung wurden von der Karlsruher Strafkammer der 22 Jahre alte ledige Schneider **Richard Ossi** aus Heilbronn und der 20 Jahre alte ledige Schreiner **Karl Friedrich Hummel** aus Freiburg wegen Mordbühnenbühnen und erwirkten Diebstahls Ossi zu 7 Jahren Zuchthaus und Hummel zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Den Angeklagten wurden insgesamt 36 gemeinjam ausgeführte Bauernhauseinbrüche zur Last gelegt.

Eine Schwarzbrennerei ausgehoben. Nach einer Meldung des „Bad. Beob.“ wurde von der Karlsruher Fahndungspolizei in der neuen Artillerielagerne (Moltkestraße) eine komplett eingerichtete Schwarzbrennerei entdeckt und 4000 Liter reiner Alkohol beschlagnahmt. Nach weiteren 10 000 Litern, die in der Brennerei hergestellt wurden, wird noch gesucht. Die gesamte Einrichtung der Schwarzbrennerei wurde ebenfalls beschlagnahmt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß des Ostseehochs hat Baden meist wolkenloses Wetter. Die Temperaturen stiegen tagsüber durch Einstrahlung in tieferen Lagen auf 5–6 Grad, in höheren auf 2–3 Grad über Null, während die Nachfröste bei uns –3 bis –4 Grad, im Gebirge und Saar aber –10 bis –12 Grad erreichten. Dabei liegt das ganze Massiv des Schwarzwaldes unter einer geschlossenen Schneedecke, die fast zur Ebene reicht. Die Druckverteilung ist im wesentlichen gleich geblieben. Wir behalten auch morgen die augenblicklich herrschende Witterung. Wetterausichten: Fortdauer des heiteren und trockenen Strahlungswetters.

Franz Haniel & Cie. G.m.b.H., Kohlen, Koks, Brikett, Holz, Karlsruhe Kaiserstraße 231 Fernruf 4854-56

